



Guatemala Stadt, Ende April 2016

Notizen eines deutschen Anwalts in Guatemala (12)

Mit dieser Nummer der Notizen schliesst sich ein Jahr und es endet so, wie es anfang: Einen Tag vor dem Jahrestag der „La Línea“, am 15.04., kam es zu Haftbefehlen gegen eine erneut von Otto Pérez Molina (OPM) und Baldetti angeführte kriminelle Struktur, diesmal wegen „passiver“ Bestechung um den Bau eines Container-Terminals im Hafen „Puerto Quetzal“. Je 4.2 Millionen USD sollen mit der spanischen Betreiber-Firma TCQ abgemacht worden sein; insgesamt waren 30 Millionen USD veranschlagt für Bestechung, darunter Zahlungen an Gewerkschaftler.

Dieser neue Fall macht noch deutlicher als seine Vorgänger, dass die Beiden wirklich alles von langer Hand geplant haben. Baldetti war vor 2012 eine der wichtigsten Figuren im Kongress und Otto Pérez der wahrscheinliche nächste Präsident; sie gründeten Firmen, machten Absprachen und entwarfen Strukturen, die sofort ab der Machtübernahme am 14.01.2012 funktionieren sollten. Auch unser Anwaltsbüro bekam das zu spüren, als wenige Tage vorher eine bis dahin anerkannte Richterin unter sehr fragwürdigen Bedingungen die Ermittlungen gegen OPM wegen des Verschwindens des ehemaligen Guerrilla-Kommandanten Bamaca vorläufig einstellte. Die CICIG verfolgt sie nun seit 2015 wegen illegaler Bereicherung.

Unter den Verhafteten des 15.04.2016 ist erneut G. Martínez, der Schwiegersohn von OPM und seiner Zeit sein Generalsekretär, genauso wie der Privatsekretär von Baldetti, Carlos Monzón. Letzterer nutzt allerdings seine Chancen und kooperiert als Kronzeuge, weswegen die Ermittlungen diesmal ein „Wechselbüro“ einschliessen, dessen Eigentümer Chevez¹ über ideale Bedingungen zur Geldwäsche verfügt – Geldtransporter, Kanäle für illegale Geldströme und internationale Verbindungen eingeschlossen.

Aber dabei blieb es nicht: Natürlich wurde auch auf der rechtlichen Seite vorgesorgt. Teil der kriminellen Bande war der ehemalige *Procurador General de la Nación*, Charchal, der Anwalt des Staates in Ministerrang und eine zum Schutze des Rechtsstaates geschaffene Figur! Charchal wurde im Jahr 2014 zum Richter am höchsten Gericht (CSJ) ernannt – diesen Ernennungsprozess hat die Zivilgesellschaft und die CICIG schon damals scharf als korrupt und manipuliert kritisiert. Aus ihm gingen mindestens zwei Richter hervor, die heute im TCQ-Skandal unter der Lupe der CICIG stehen; für einen von beiden wurde mittlerweile die Aufhebung der Immunität beantragt.

Natürlich gab es von Anfang an Widerstand gegen diesen Vertrag, der die Firma TCQ für 25 Jahre in die Lage versetzt, in diesem Terminal alle Containerbewegungen des Puerto Quetzal zu kontrollieren und zu

¹ Sein Rechnungsprüfer entging am 19.4., kurz nach den Enthüllungen, nur knapp und schwer verletzt einem Attentat!!!



kommerzialisieren, was Millioneneinnahmen bedeutet, die der Staat selbst hätte machen können; derselbe Staat, für den OPM auch gleich noch auf über 20 Millionen Quetzales/Jahr aus der Mehrwertsteuer verzichtete.

Trotz der vielen Proteste blieb der von der Bande kontrollierte Staat logischerweise stumm; der Präsident war ja bereits „abgefunden“. Aber da ist auch noch die Weltbank, die über 44,2 Millionen USD Aktien von TCQ kaufte, was sie zum Nutzniesser der Bestechung macht, obwohl sie von den fragwürdigen Umständen wusste...

Einige Reflexionen zur allgemeinen Lage

Wenn mich vor einem Jahr jemand gefragt hätte, ob ich mir 2016 Otto Pérez Molina, Roxana Baldetti und jede Menge höchster Beamter, Abgeordneter und Richter² auf der Anklagebank vorstellen kann und dazu eine Generalstaatsanwältin im Amt, Thelma Aldana, die auf den Pfaden von Claudia Paz y Paz wandelt, ich hätte den Fragesteller wohl für verrückt erklärt. Und trotzdem stimmt es.

Aber was hat sich wirklich geändert? Wie können wir diese Dinge in einen etwas grösseren Zusammenhang stellen, der über das tagespolitische Erstaunen hinausgeht?

Prozesse wegen Korruption hat es auch schon vor 2015 gegeben; aber die gab es allenfalls in Einzelfällen und vor allem *nach* der jeweiligen Regierungsperiode, als die Verantwortlichen nicht mehr die Kontrolle

hatten. Der Fall Portillo ist ein Beispiel. Diesmal ist es anders; es war eine aktuelle Regierung, die über die Korruption stolperte, was den Fortschritt des „Fäulnisprozesses“ dieses Systems symbolisiert. Vor 9 Monaten zitierte ich die CICIG, die am 18.07.2015 zu dem Ergebnis kam, dass die „Korruption das Element ist, das dieses politische System zusammenhält.“

Gehen wir etwas weiter zurück, entdecken wir schnell, wie lernfähig das System ist und sich zu reorganisieren weiss. In den 70er und 80er Jahren wurden die politischen Köpfe der Parteien, die für andere Ideologien als die des Militärs standen, schlicht ermordet. Heute, zu Zeiten der „Demokratie“, sind es die Parteien, die „absterben“, nachdem sie in der Regierung waren. Sie verschwinden und ihre Mitglieder wandern ab zu anderen Pfründen...äh...Parteien. Abgeordnete, die 4 oder 5 Mal die Partei wechseln, sind die Regel. Die UNE schrumpfte in den ersten zwei Wochen der Legislaturperiode 2012 von 42 Abgeordneten auf 8, während die Partei von Jimmy Morales 2016 in nur sieben Tagen von 11 auf 31 Parlamentarier (heute 36) wuchs. Wenn Ideologien keinen politischen Zusammenhalt mehr geben, werden Macht und Raffgier zum Selbstzweck – womit wir wieder bei dem Zitat der CICIG wären.

Eben dagegen ist die Bevölkerung im letzten Jahr aufgestanden, aber das System weiss sich zu reorganisieren. Unser neuer Präsident ist Teil dieser „Überlebensstrategie“ des Systems, nur hat er es auch geschafft, in drei Monaten den grössten Teil seines politischen

² ...sowie 18 hohe Offiziere in den Fällen aus dem Krieg „Creompaz“ und „Molina Theissen“.



Kredits zu verspielen. Die Bevölkerung sieht das, kann aber logischerweise ihren Widerstand nicht ständig aufrechterhalten und übergibt somit einen Teil ihres Protests an den Teil des Systems, der als positiv empfunden wird: an die CICIG, die Staatsanwaltschaft und die Gerichte. Und so ersetzt auf einmal der Ruf nach Effizienz der Justiz den Kampf gegen die Impunidad.

Damit aber nähern wir uns einer konzeptuellen Sackgasse: zum Einen fordern wir von der Justiz etwas, was nicht ihrer Natur entspricht und sie auf Dauer nicht leisten kann: statt der Politik soll *sie* der Motor der Veränderungen sein. Aber vor allem vergessen wir damit, dass das Strafrecht, und um das geht es hier, konzeptuell Repression ist: der Gebrauch der staatlichen (Straf)Gewalt gegen unerwünschtes Handeln.

Und deswegen überrascht es nicht, dass der Präsident die Todesstrafe wieder praktikabel machen will, aber keine Antwort auf den Tod eines Babys auf der Strasse vor einem Gesundheits-Zentrum in der Hauptstadt hat, genauso wenig wie auf die 6 (!!!) Bombenattentate in der ersten März-Woche, die Leben kosteten. Auch wenn die Gewalttaten leicht zurückgegangen sind, hat die Brutalität derselben unerhört zugenommen und der Zeitgeist ruft nach (noch) härteren Strafen.

Ein Strafrichter hat mir vor wenigen Tagen gesagt, dass er sich im letzten Jahr auf dem Weg zu einer besseren Justiz wähnte, während er nun befürchtet, dass richtige Forderungen nach mehr Effizienz sich in ihr Gegenteil verkehren: Repression und „Law

and Order“ statt eines demokratischen Justizsystem. Haftverschonung wird im besten Fall als Schwäche des Richters ausgelegt, schnell aber auch mit Korruptionsverdacht kommentiert und die U-Haft ist trotz unmenschlicher Gefängnisse³ die Regel. Ein Freispruch verlangt viel Mut und die richterliche Unabhängigkeit – ohnehin eher eine Sprechblase – bleibt schnell auf der Strecke.

Es gibt immer wieder Anzeichen einer neuen Kampagne der „sozialen Säuberung“, die nichts anderes als staatliches Morden von angeblichen „Verbrechern“ ist. Es ist eben leicht, eine Bevölkerung gegen die tägliche Gewalt aufzuwiegeln, um auf diesem Feld ein repressives System aufzubauen, was derselben Bevölkerung dann in den Rücken fällt... selbst wenn sie nicht gegen Minen protestiert. Aber wenn sie es dann tut, landet sie, wie viele Compañeros aus Barri-Illas und Santa Eulalia, für Jahre im Gefängnis.

Das Verfassungsgericht hat nun die Todesstrafe bei Mord für unanwendbar erklärt. Ein richtiger Schritt. Und Jimmy Morales fordert sofort einen Volksentscheid dagegen. Gegen ein Gericht! Noch ein Stück Absurdität.

Es stehen wohl tiefgehende Reflexionen und Diskussionen an, damit der Kampf gegen die Straffreiheit nicht in sein Gegenteil verkehrt wird.

Miguel Mörth

³ Anders ist es in der Mariscal Zavala, einem Sondergefängnis in einer Kaserne für korrupte Politiker; ihr Leiter wurde gerade mit viel Bargeld in der Hosentasche festgenommen. Wie kam das wohl dahin?